



Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3606-3698. Telegramm: (UL) Ainhäus, Berlin. Postschek-Konto: Berlin-360.

10 Pf. [Anwerbe] . Nr 280

**Berlin**  
DIENSTAG, 13. JUNI 1933

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

ABEND-AUSGABE

## Versteigerung in London

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

FS LONDON, 13. JUNI

Gestern um 11 Uhr wurde das englische Kabinett plötzlich zusammengerufen. Die bisher schon festgelegte Politik in der Schuldenfrage war wieder schwankend geworden. Am Vormittag war beschlossen worden, als Vorkontingentsgebühre über als Zeichen der Bereitwilligkeit und des guten Willens eine kleine Zahlung von 1 Million Pfund zu leisten. Roosevelt würde dann, so nahm man an, den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit der Frage belegen, ob er berechtigt sei, diese Zahlung in Empfang zu nehmen oder — entließe man diese Wendung ihrer juristischen Form — ob er die Nichtzahlung der Engländer feststellen müsse. — Aber Roosevelt fuhr der Sache zunächst diese juristische Wendung gütig, gewinnend zu Teil, und konnte den im Kongress laut werdenden Kritiken gegenüber sich darauf berufen, daß er erst die Rechtsfrage prüfen lassen müsse. Die gestern nach eingetroffenen Depeschen aus Washington kündigten aber eine neue Situation an. Offenbar macht Roosevelt neue Schwierigkeiten.

Eine neue Entscheidung ist im Kabinett gestern nicht getroffen worden. Eine zweite Kabinettsitzung hat heute morgen stattgefunden. Was wir hören, hat sich die Ansicht derjenigen Kabinettsmitglieder, welche die Zahlung ablehnen, verhärtet, und es wird damit gerechnet, daß die Engländer, wenn die Amerikaner noch weiterhin Schwierigkeiten machen, keine Zahlungen leisten werden.

Die Unterhausberatung, welche Neville Chamberlain heute nachmittag abgeben will, wird vermutlich andeuten, daß die englische Haltung in der Schuldenfrage sich verfestigt hat.

Die Gründe für Roosevelts Schwanken liegen zweifellos in seinen parlamentarischen Schwierigkeiten. Es ist ihm nicht gelungen, wie er das beabsichtigte, das Repräsentantenhaus heute nacht zu überzeugen, und im Senat würden sich führende Senatoren, seine internationalen Politik von ihren Seiten aus zu verfolgen. Würde es Roosevelt gelingen, den Kongress noch vor Donnerstag zu überzeugen, so würde das seine Stellung erheblich festigen.

Deutlich jedenfalls geht die Führung der amerikanischen Politik wieder an die Washingtoner Volksvertretungen über. Das aber ist von größter Wichtigkeit auch für den Verlauf der Londoner Konferenz, und zwar nicht nur, was die Schuldenfrage anbelangt, sondern ebenso sehr auch in der Goldfrage. Denn der Präsident hat sich ja seine Vollmachten geben lassen, in der Entscheidungsfrage zu treffen, sondern jedes hier auszuverlässige Abkommen hat die Volksvertretungen zu passieren, die feineswegs ohne, sondern steigend für antarektischen Vorkommen sind. Staatsleiter, der freihändlerischen Prinzipien huldigt, wird nach „Wallace“ bereits in Kreisen der amerikanischen Verwaltung als Rumpier für eine verlorene Sache betrachtet. Auch in London wird Hulls Autorität nicht beachtet, und die Herrschen, der hier währungspolitische Fragen behandelt, ebenfalls. Ebenfalls war letzterer zum Beispiel in den Beratungen über die Aufgabe des Goldstandards festenerget von Roosevelt nicht hinzugezogen worden.

Die Amerikaner selber aber mögen nicht darauf verzichten, in London eine große Rolle zu spielen. So hatte heute Hull als erster seinen Namen bei der Redezeitung festlegen lassen. Doch wurde schließlich nachdrücklich, daß er als erster das Wort ergreift. Er wird wohl erst am Nachmittag sprechen.

Giebt das allgemeine Barometer der Konferenz sichst genug, so ist MacDonald doch nicht der Meinung, bald das Spiel aufzugeben. Dafür hat sich seine Regierung auch zu stark eingelassen. Sie wird alles tun, um aus ihr mit Ehren herauszukommen, was MacDonald selbst läßt es nicht an. Hinsichtlich deren fehlen, daß er seine ganze Energie aufzubringen gedenkt. Daß es ihm an Fähigkeit nicht fehlt, ist bekannt.

Auf dem Abrüstungsgebiet ist hier bisher gar nichts erfolgt. Henderson macht verzweifelte Anstrengungen, etwas zu Stande zu bringen. Der deutsche Standpunkt ist bekannt. Man wartet ab, ob es den Engländern gelingt, aus der Detachierung eine fünfprozentige zu machen. Wahrscheinlich dürfte keine Abzehrung vorhanden, aber es ist möglich, daß sich das ändert.

Den Bericht über die heutige Sitzung der Londoner Konferenz veröffentlichen wir auf der Umseite

## Hochspannung in Oesterreich

170 Braune Häuser geschlossen — Die führenden Nationalsozialisten verhaftet — Parteiverbot für Beamte und Soldaten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 13. JUNI

Die österreichische Regierung hat mit der Befestigung, daß die Arbeiter der Attentate und Sprengstoffanschläge der letzten Tage, zu denen heute wieder ein neuer Anschlag gekommen ist, in nationalsozialistischen Kreisen zu suchen seien, schärfste Maßnahmen gegen die NSDAP Oesterreichs ergriffen. Im ganzen Land sind die Braunen Häuser und SA-Häuser (nach den bisherigen Meldungen 170) geschlossen, Aktenmaterial beschlagnahmt und alle maßgebenden Führer verhaftet worden. Außerdem wurde allen Beamten und Verbandsangehörigen die Zugehörigkeit zur NSDAP untersagt.

### W. d. N. Sabicht festgenommen

Unter den Verhafteten befindet sich auch der Landesinspekteur für Oesterreich, Reichstagsabgeordneter Theo Sabicht, der als Preisgefangener bei der reisepolitischen Gefährdung in Wien Exterritorialitätsrechte beanpruchen kann, der aber trotzdem, zusammen mit seinem reichsdeutschen Getreide in Wien festgenommen wurde. Der Unbesitzter Prof. Dr. Schöberl, den man ebenfalls fest, war unantastbar; er soll sich gerade im Reich aufhalten. In Wien sind 15 Landtagsabgeordnete und Gemeinderäte ins Polizeipräsidium gebracht worden, darunter der Gauleiter Frauenthal. Wegen einer Anklage von Nationalsozialisten, die die reichsdeutsche und die tschechoslowakische Staatsbürgerrechte besitzen, sind Ausweisungsverfahren eingeleitet worden.

Das Verbot für alle Beamten und Soldaten, sich an Organisationen und Versammlungen der Nationalsozialisten zu beteiligen, umfaßt die Teilnahme an allen Kundgebungen der NSDAP, das Tragen ihrer Abzeichen und die Anwendung der nationalsozialistischen Grußformen. Der Erlass des Wehrministeriums bezieht sich auf den Paragraphen des Wehrgesetzes, demzufolge es Berufspflicht des Soldaten ist, „den Bestand der Republik zu schützen“, sowie die Sicherheit des Bundesbürgers und die Autorität der gesetzlichen Behörden zu verteidigen. Diese Verpflichtungen liegen es unvereinbar damit ergriffen, daß ein Soldat für eine Partei sich betätigt, die nach ihrem programmatischen Ziel Oesterreich in seiner jetzigen Gestalt, d. h. den selbständigen österreichischen Staat, aufgeben wolle, die ferner immer wieder die Ruhe und Ordnung im Innern störe und das Ansehen der Regierung durch fortgesetzte Schmähungen herabzusetzen“ verurteilt.

Sicherheitsminister Frey begründet das Verbot für die Beamten mit einer Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die Ereignisse der vergangenen Zeit, insbesondere der letzten Tage, haben deutlich bewiesen, daß die nationalsozialistische Partei in Oesterreich eine staatsfeindliche, das Volk und das öffentliche Wohl schwer schädigende Tätigkeit ausübt“

## Todesstrafe im Kommunisten-Prozess beantragt

Der Feuerüberfall in der Gneissaustraße

In dem Prozeß gegen die vier Kommunisten, die sich wegen der Ermordung des SA-Mannes Thielich beim Feuerüberfall auf das nationalsozialistische Parteibüro „Zur Söbub“ in der Gneissaustraße vor dem Schwurgericht des Landgerichtes II zu verantworten haben, beantragte der Staatsanwalt gegen den angeklagten Kommunisten Schöel wegen Mordes die Todesstrafe. Gegen den Arbeiter Weißig beantragte er 10 Jahre Gefängnis und gegen die wegen Beihilfe angeklagten Kommunisten Belling und Holzner je 6 Jahre Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt, die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren abzuerkennen.

(Den Verhandlungsbericht finden unsere Leser auf der 4. Seite.)

und mit geschwibigen Mitteln arbeitet. Aus diesem Grunde sah sich die Bundesregierung genötigt, dieses Verbot zu erlassen.“

### Neue Sprengstoffanschläge

Heute nacht um 3 Uhr hat sich wieder eine Bombenexplosion ereignet. Vor einem Geschäft in der Hauptstraße, das sich „Haus der Kleinflecken“ nennt und dessen Eigentümer Oswald Schöner heißt, war eine Sprengbombe untergelegt worden, die bei ihrer Explosion die Füllsäcke aufreißte und das Innere des Geschäfts in Trümmer legte. Die Sprengwirkung war so stark, daß auch auf der gegenüberliegenden Straßenseite zahlreiche Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Zur Zeit der Explosion hatten auch junge Leute eine vorübergehende Autodrohse angehalten und wollten gerade einsteigen, als die Detonation erfolgte. Der Schöffur wollte die beiden nicht mitnehmen, sie bedrohten ihn aber mit Revolvern, so daß er sie aufnahm und davonfuhr. Als ein Schulmann in Sicht war, zwangen sie ihn zum Halten und setzten ihn in den Straßenteufel.

In der Nähe Wiens, am Laarberg, ist heute morgen gegen 1/1 Uhr von dem Gitter eine Bombe, in der Pfabfinder untergebracht sind, ein Sprengkörper explodiert, der jedoch nur einige geringfügige Beschädigungen verursacht hat.

### Anschuldigungen gegen die NSDAP

Für die antisozialen Reichspolizisten ist es auch vor Beendigung der Untersuchung schon fest, daß es die braunen Terroristen waren, die die geistliche Abwesenheit des Bundeskanzlers für eine besonders günstige Gelegenheit zur Ausübung verbrecherischer Anschläge hielten.“

Demgegenüber schreibt das Hauptblatt der NSDAP, die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“, die unter Vorgenur steht: „Im Zusammenhang mit dem bisher völlig unerklärten Sprengstoffanschlag“ hat gestern in den letzten Nachmittagsstunden die Polizei im Auftrag der Regierung alle Räume der Gauleitung in Wien und Niederösterreich, alle Bezirks-NSDAP- und SA-Häuser der NSDAP-Führer-Bewegung besetzt. Durchsuchungen durchgeführt, den Schriftverkehr beschlagnahmt und die Räume verriegelt. Zahllose SA sind dadurch obdachlos geworden.“ Das Blatt knüpft daran einen Aufruf an die Parteigenossen und Parteigenossinnen, in dem es heißt: „Gebort, vollste Ruhe und Disziplin zu bewahren.“

Es wird schärfster Einspruch erhoben gegen Versuche, die Bewegung mit den Sprengstoffattentaten in Verbindung zu bringen. „Wir haben den Vorden des Gesetzes bisher nicht verlassen und werden es auch weiterhin nicht tun. Wir werden so wie in Deutschland eifrig kämpfen und eifrig siegen.“

Das Blatt gibt dem Renntnis von einer Mitteilung, die ihm zugekommen ist. In dieser Mitteilung heiße es, daß wenige Tage nach dem Verbot der kommunistischen Partei eine Führungszugel dieser Partei stattgefunden haben, in der der Beschluß gefaßt worden ist, die Arbeit der Partei darauf einzustellen, daß die NSDAP verboten werden. Das Blatt erklärt, daß die Ereignisse des Montags auf diesen kommunistischen Beschluß zurückzuführen seien. „Man mag sich nicht durch die Tatsache, daß die Täter Mitligend auszuwählen oder Abzweigen der NSDAP befehlen, irreführen lassen.“ Im Gegenteil, das hat geradezu ein Beweis für die Überführung des Beschlusses der kommunistischen Partei.“

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion erklärte dem Polizeipräsidenten, die Nationalsozialistische Partei in Oesterreich habe immer auf dem Standpunkt der Legalität gestanden und werde auch heute noch jedes Unwollweiden vom legalen Wege, zumal Adolf Hitler den legalen Weg auch immer innegehalten habe. Die Gewalttäter der letzten vierwöchigen Stunden seien als eine Folge der Ausgestaltung der Führung der Partei zu be-